



Amtsgericht Tecklenburg

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Dienstag, 24.02.2026, 10:00 Uhr,
Erdgeschoss, Sitzungssaal 23, Gerichtsweg 1, 49545 Tecklenburg**

folgender Grundbesitz:

**Grundbuch von Lengerich, Blatt 2537A,
BV lfd. Nr. 13**

Gemarkung Lengerich, Flur 120, Flurstück 263, Gebäude- und Freifläche,
Tecklenburger Straße 40, Größe: 831 m²

versteigert werden.

Lt. Wertgutachten handelt es sich vorliegend um ein Gewerbeobjekt bestehend aus einer Verkaufshalle mit Lager und Aufenthaltsraum im EG (ca. 362 qm), sowie Teilausstellungsraum im OG (ca. 146 qm) und Teilkeller (ca. 184 qm) als Lager sowie Anschlussräume (BJ unbekannt, vor 1970). Altlasten oder Baulasten sind nicht bekannt. Es besteht großer Renovierungsbedarf. Der Sachverständige empfiehlt aufgrund der Qualität und des Zustands sowie aus wirtschaftlichen Gründen den Gebäudeabbruch, da die Sanierungskosten den Gebäudewert übersteigen dürften.

Es hat keine Innenbegutachtung stattgefunden.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 22.05.2025 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

129.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.